

Der heimliche Zweck des ESM

Wie Bürger, Bundestagsabgeordnete und Verfassungsrichter vom Euro-Establishment hinters Licht geführt werden

Matthias Elbers

EXPOSEE

Dem ESM lag ursprünglich die Idee zugrunde, mittels Zinsstützungsmaßnahmen die Krise in den Griff zu bekommen. Der Plan, die Eurokrise auf diesem Wege zu bewältigen, hat sich bisher aber als Illusion erwiesen und wäre auch bei einer Zinsstützung über einen ESM mit unbegrenzter „Feuerkraft“ oder über Eurobonds zum Scheitern verurteilt. Mittlerweile hat auch die Bundesregierung verstanden, dass Zinsstützungsmaßnahmen keine Lösung oder auch nur eine nachhaltige Linderung der Krise herbeiführen können. Wieso aber halten die Bundesregierung und insbesondere der Bundesfinanzminister dann so verbissen am ESM fest? Die Antwort lautet: Die Bundesregierung hat mit dem ESM jetzt etwas anderes vor als ehemals. Weil dieses neue Ziel aber massiv gegen die wirtschaftliche Interessenlage der breiten Mehrheit gerichtet ist und zentrale Eckpfeiler unserer Verfassungsordnung untergräbt, wird das Volk vom Euro-Establishment systematisch hinters Licht geführt.

Am 1. Juli 2012 wandte sich das EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen, vormals Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, über die Bild-Zeitung ans Volk. Es gelte in Sachen Euro verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Das werde Zeit brauchen, man sei noch nicht über dem Berg, sagte Asmussen, um dann dem Leser einmal mehr die Geschichte vom stabilen Euro aufzutischen, der im Kern gesund sei:

„Wichtig ist aber: wir erleben derzeit eine Schulden- und teilweise eine Bankenkrise in einigen Ländern der Eurozone, aber wir haben keine Krise des Euro – die Währung ist stabil nach innen und nach außen!“

Diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich sind wir Zeugen einer fundamentalen Strukturkrise der Gemeinschaftswährung. Bei der Eurokrise handelt es sich im Kern gerade nicht um eine Staatsschuldenkrise oder eine Bankenkrise, sondern um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften. Diese Zahlungsbilanzkrise wurde durch chronische Leistungsbilanzdefizite ausgelöst und in der Folge durch Kapitalflucht weiter verschärft. Das Brisante dabei: Die chronischen Leistungsbilanzdefizite der Krisenstaaten sind das unmittelbare Ergebnis des politischen Projekts Europäische Währungsunion. Der Euro selbst ist die Ursache der Krise.¹

Die Eurokrise – eine verborgene Zahlungsbilanzkrise

Durch die Gleichschaltung strukturell höchst unterschiedlicher Volkswirtschaften über den Einheitszins der gemeinsamen Währung kam es in der Eurozone seit Mitte der 1990er Jahre zu einer Fehllenkung der Kapitalflüsse. Während die deutsche Volkswirtschaft dadurch Wachstumseinbußen erlitt und die deutschen Arbeitnehmer Reallohnverluste hinnehmen mussten, kam es in den Peripheriestaaten der Eurozone zu einem massiven Lohn- und Preisaufrtrieb mit Scheinwachstum und Blasenbildung – eine Entwicklung, die schließlich im vollständigen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder und in der Überschuldung der betroffenen Volkswirtschaften als Ganzes (Staat, Banken, Unternehmen, Privathaushalte) mündete. Seit 2007 ist der Kapitalmarkt aufgrund dieser mangelnden Wettbewerbsfähigkeit und der damit einhergehenden gesamtwirtschaftlichen Überschuldung nicht mehr bereit, den Konsum auf Pump in den

¹ Eine ausführliche Darstellung der Ursachen der Eurokrise findet sich in meinem Dossier „Das Euro-Desaster“. Kostenloser Download unter www.matthiaselbers.de

Peripheriestaaten weiter zu finanzieren. Die Peripheriestaaten wussten sich allerdings zu helfen. Gegen Sicherheiten immer schlechterer Qualität versorgen die nationalen Notenbanken insbesondere der PIGS-Staaten Portugal, Irland, Griechenland und Spanien seit 2007 ihren Geschäftsbankensektor mit Liquidität. Mit diesem „schlechten“ Geld kaufen Spanier, Griechen, Iren und Portugiesen per Überweisung seitdem im Ausland all jene Güter und Dienstleistungen, deren Kosten sie nicht durch eigene Exporte von Gütern und Dienstleistungen erwirtschaften können. Ablesbar ist dieses skandalöse Geschehen an den immer weiter auseinanderdriftenden TARGET2-Salden der nationalen Notenbanken des Euro-Systems.

Die Problematik überbordender Staatsschulden in den Peripherieländern der Eurozone ist nur ein Teilaspekt der europäischen Zahlungsbilanzkrise. Auch die Bankenkrise in den Peripherieländern ist nur ein Begleitphänomen der umfassenden Strukturkrise der Gemeinschaftswährung. Dass die Zahlungsbilanzkrise mit einer Bankenkrise einhergeht, ist nur logisch. Die gesamtwirtschaftliche Überschuldung schlägt sich natürlich zuerst und vor allem im Geschäftsbankensektor einer Volkswirtschaft nieder. Wenn den Unternehmen, Bauherren und Konsumenten auf breiter Front das Geld ausgeht, und sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können, muss das in einer Solvenzkrise des Bankensektors münden.

Auch das immer wieder von Politikern und Medienvertretern vorgebrachte Argument, erst die Bankenrettung und Stützungsoperationen im Gefolge der Sub-Prime-Krise nach 2007 hätten dazu geführt, dass die Peripheriestaaten in eine Schieflage gekommen wären und die Eurokrise insofern ihre Ursache doch im Bankensystem hätte, entbehrt jeder Grundlage. In den Peripherieländern der Eurozone machte die Sub-Prime-Krise keine größeren Maßnahmen zur Stützung oder Rettung von Banken notwendig. Solche Operationen waren nur dort erforderlich, wo Banken zuvor in großem Stil verlustreiche Kapitalexperte nach den USA getätigt hatten. Also z.B. in Deutschland oder auch im Nicht-Euro-Land Großbritannien. In den von der Eurokrise befallenen Peripheriestaaten der Eurozone war das aber nicht der Fall.

Der ursprüngliche Zweck des ESM: Zinsstützung

Die Ökonomen sind sich heute weitgehend einig, dass es sich bei der Eurokrise im Kern um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften handelt. Gleichwohl war die wahre Natur der Eurokrise auch für die Fachleute lange nicht erkennbar. Die Schöpfung von Geld gegen schlechte Sicherheiten und der TARGET2-

Mechanismus hatten nach 2007 zunächst dafür gesorgt, dass die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der PIGS-Staaten unerkannt weiterlief. Der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, hat die Eurokrise deshalb auch treffend als „verborgene Zahlungsbilanzkrise“ bezeichnet. Erst als der griechische Staat Anfang 2010 auf dem Kapitalmarkt neues Geld nur noch gegen hohe Risikoaufschläge aufnehmen konnte, kam die Zahlungsbilanzkrise in Gestalt einer Krise der Staatsfinanzierung erstmals zum Vorschein. Auch deshalb konnte sich der Eindruck verfestigen, bei der Eurokrise handele es sich um eine Staatsschuldenkrise. Die Fokussierung auf diesen Teilaspekt der Eurokrise führte jedoch zu vollkommen falschen Lösungsansätzen.

Bis vor kurzem versuchten die Politiker, die Eurokrise, die Sie primär als Staatsschuldenkrise begriffen, mit Zinsstützungsoperationen in den Griff zu bekommen. Die Instrumente, die dabei zum Einsatz kamen waren diverse Rettungspakete sowie Hilfskredite der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Zudem kaufte die EZB Staatsanleihen der Krisenländer am Sekundärmarkt auf. Geht es nach dem Willen des Euro-Establishments soll demnächst der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zur EFSF hinzutreten und diese nach einer Übergangszeit ablösen. Auch dem ESM lag ursprünglich die Idee zugrunde, mittels Zinsstützungsmaßnahmen die Krise in den Griff zu bekommen. Der Plan, die Eurokrise auf diesem Wege zu bewältigen, hat sich bisher aber als Illusion erwiesen und wäre auch bei einer Zinsstützung über einen ESM mit unbegrenzter „Feuerkraft“ oder über Eurobonds zum Scheitern verurteilt. Hat man erst einmal verstanden, dass es sich bei der Eurokrise um eine Zahlungsbilanzkrise handelt, wird rasch deutlich, dass Zinsstützungsmaßnahmen über EFSF, ESM oder Eurobonds lediglich geeignet sind, einen zusätzlichen Finanzierungskanal neben der Geldschöpfung gegen schlechte Sicherheiten zu schaffen, mit dem die bestehende Leistungsbilanzdefizite in den Krisenstaaten weiter finanziert und dadurch zugleich strukturell verfestigt werden.

Der neue, heimliche Zweck des ESM

Mittlerweile hat auch die Bundesregierung verstanden, dass Zinsstützungsmaßnahmen keine Lösung oder auch nur eine nachhaltige Linderung der Krise herbeiführen können. Dieser Bewusstseinswandel erfolgte allerdings recht spät. Vieles spricht dafür, dass dieses Umdenken erst um die Jahreswende 2011/2012 stattfand. Dennoch will insbesondere das Bundesfinanzministerium unter Wolfgang Schäuble nicht vom ESM lassen. Gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Bundestagsabgeordneten und auch gegenüber dem Bundesverfassungsgericht stellt Schäuble den ESM nach wie vor als bloßes

Zinsstützungsinstrument dar. Stets führt er dabei die „Nervosität der Märkte“ ins Feld, die es mit dem ESM zu beruhigen gelte. Andernfalls drohe eine „Katastrophe“. Die schrillen Töne Schäubles sind verräterisch. Wäre die „Nervosität der Märkte“ tatsächlich eine existente Bedrohung, um die sich Schäuble sorgen machen müsste, würde er diese Gefahr nicht durch sein andauerndes Katastrophengerede an die Wand malen. Tatsächlich glaubt Schäuble nicht an das Märchen von der „Nervosität der Märkte“. Er benutzt diese Drohkulisse nur, um den ESM-Vertrag durch den Bundestag zu peitschen und versucht nun, das Bundesverfassungsgericht auf dieselbe Weise unter Druck zu setzen.

Wieso aber halten die Bundesregierung und insbesondere der Bundesfinanzminister so verbissen am ESM fest? Die Antwort lautet: Die Bundesregierung hat mit dem ESM jetzt etwas anderes vor als ehemals. Diese Absicht der Bundesregierung wird einem allerdings erst klar, wenn man um den Charakter der Eurokrise als Zahlungsbilanzkrise weiß. Dann wird nämlich deutlich, dass es grundsätzlich zwei unterschiedliche Wege gibt, mit der Krise umzugehen: Der erste und bessere Weg für die Bürger aller Euroländer wäre das Ausscheiden der Krisenstaaten aus der Währungsunion, verbunden mit der Wiedereinführung nationaler Währungen in diesen Ländern und einer geordneten Umschuldung. Durch die Abwertung nationaler Währungen könnten die dortigen Volkswirtschaften wieder Luft holen. Zugleich fände dadurch endlich die Praxis ein Ende, immer noch mehr gutes Geld in längst insolvente Volkswirtschaften hineinzuschütten.

Dieser Weg kommt für das Euro-Establishment allerdings nicht in Frage. Es wäre das Eingeständnis des eigenen Scheiterns. Die Teilabwicklung der Währungsunion würde für viele Politiker, Beamte und Medienleute das Karriere-Aus bedeuten. Für diese Akteure kommt deshalb nur der zweite, viel teurere Weg in Frage: der Gang in die Schulden- und Transferunion. Und genau hier soll der ESM nach dem Willen der Bundesregierung ansetzen. Um die Währungsunion in ihrer jetzigen Form zusammenzuhalten, sind nämlich Transferzahlungen riesigen Ausmaßes notwendig um die bestehenden Leistungsbilanzungleichgewichte auszutariieren. Nur so ließe sich künftig auch vermeiden, dass die verschiedenen Volkswirtschaften des viel zu heterogenen Währungsraumes wieder auseinanderdriften. In Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Österreich müsste dafür nach derzeitigem Stand jährlich ein dreistelliger Milliardenbetrag abgeschöpft und mit der Gießkanne über Südeuropa ausgegossen werden. Die Kollateralschäden wären gewaltig: In der Euro-Peripherie würde ein riesengroßer europäischer Mezzogiorno mit mafiösen Strukturen und einer von Subventionen abhängigen Zombiewirtschaft geschaffen. Die Volkswirtschaften der Kernstaaten würden dagegen ausbluten und langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt einbüßen.

Von solchen Perspektiven lässt sich Berlin jedoch nicht schrecken. Mit dem ESM verfolgt die Bundesregierung nichts Geringeres, als ein europäisches Wirtschaftsdirektorium zu etablieren, das die entsprechenden Transfers organisiert. Der ESM-Vertrag gibt das her. Seine Artikel waren von vorneherein so flexibel und dehnbar formuliert, dass die Exekutiven damit beinahe alles veranstalten können. Der ESM-Gouverneursrat soll nach dem Willen der Bundesregierung nun offenbar der Kristallisationskern einer europäischen Wirtschaftsregierung sein, die künftig in zentralplanwirtschaftlicher Manier erhebliche Teile des Bruttoinlandsprodukts der Kernstaaten abschöpfen, umverteilen und die europäische Währungsunion so „stabil“ halten soll.

Der Preis für diese „Stabilität“ wäre für die Bürger Deutschlands, Finnlands, der Niederlande und Österreichs allerdings hoch – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch unter politischen und verfassungsrechtlichen Aspekten. Eine Transferunion, verwaltet von einer ESM-Wirtschaftsregierung, würde zunächst und vor allem die Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechts bedeuten und damit unsere Demokratie entkernen. Darüber hinaus wären zentrale Eckpfeiler unserer Verfassungsordnung wie das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen oder die Tarifautonomie bald nur noch Makulatur. Aus dem fiskalischen Zentralismus würde unweigerlich ein politischer Zentralismus erwachsen, der auch das im Lissabon-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip bald ad absurdum führen würde.

Man braucht kein Hitzkopf zu sein, um im Handeln der Bundesregierung Züge eines kalten Staatsstreichs zu erkennen. Ebenso ist klar, dass der Gang in die Transferunion gegen die Interessenlage der breiten Bevölkerungsmehrheit verstößt. Für die politisch Handelnden steht deshalb fest, dass dieses Manöver nur gelingen kann, wenn es durch die Hintertür geschieht. Aus diesem Grund zündet insbesondere das Bundesfinanzministerium in Sachen ESM eine Nebelkerze nach der anderen. Mittlerweile schrickt Bundesfinanzminister Schäuble nicht einmal mehr davor zurück, Wissenschaftler, die eine abweichende Sichtweise vortragen, öffentlich einzuschüchtern. Sein parlamentarischer Staatssekretär Steffen Kampeter posaunt derweil via FAZ in die Welt hinaus, das ESM-Haftungsrisiko für Deutschland sei nicht wie von den ESM-Klägern behauptet unlimitiert, sondern auf 190 Milliarden Euro begrenzt – und nimmt damit in Kauf, von derselben Zeitung der systematischen Täuschung der Öffentlichkeit überführt zu werden.²

Die Tabuisierung der wahren Ursachen der Eurokrise besitzt bei all dem eine zentrale Bedeutung. Würden die Bürger, die Bundestagsabgeordneten und vor allem das

² Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/debatte-ueber-den-rettungsschirm-esm-retten-ohne-ende-11843792.html>

Bundesverfassungsgericht um den Charakter der Eurokrise als Zahlungsbilanzkrise und um die damit verbundenen Implikationen wissen, wären die Winkelzüge des Euro-Establishments schon längst aufgefliegen. Das Gerede von der „Alternativlosigkeit“ des eingeschlagenen Weges wäre als bloßes Druckmittel entlarvt, mit dem eine „hidden agenda“ durchgepeitscht werden soll. Der ESM-Vertrag wäre im Bundestag gar nie verabschiedet worden und selbst wenn, wäre das Scheitern des entsprechenden Gesetzes in Karlsruhe nur eine Formsache.

Für den Bundesfinanzminister wäre ein solches Scheitern eine schwere persönliche Niederlage. Seine Absicht, die Krise als Hebel zu benutzen um seinen Lebenstraum wahr werden zu lassen, als Bismarck Europas in die Geschichtsbücher einzugehen, wäre gescheitert. Allerdings kann Schäuble auch für den Fall, dass der ESM-Vertrag das Bundesverfassungsgericht passiert, nicht sicher sein, dass die „Vereinigten Staaten von Europa“ Realität werden. Die politische Klasse der potentiellen Empfängerländer der ESM-Transferströme sehen nämlich im Supranationalismus deutscher Provenienz vor allem deutsches Hegemoniestreben und sind nicht bereit, Souveränität abzugeben. Stattdessen dürften diese Politiker versuchen, den ESM so auszugestalten, dass für die Schulden und Leistungsbilanzdefizite ihrer Länder auch weiterhin die Kernstaaten aufkommen. Eine weitergehende Einmischung in ihre nationalen Angelegenheiten werden sich die Krisenstaaten aber verbitten. Der einfachste Weg, um dieses Ziel zu erreichen, wäre für die Peripheriestaaten die permanente monetäre Staatsfinanzierung über den ESM, der dazu wie eine Bank operieren müsste. Der ESM-Vertrag gibt das schon jetzt her. Die Folge wäre eine Schulden-, Transfer- und Inflationsunion. Die ökonomischen Verwerfungen wären noch gravierender als bei jenem Modell für die Transferunion, das die Bundesregierung verfolgt. Deutschlands Unter- und Mittelschicht würde für diese Form der „Solidarität“ mit massivem Realeinkommenschwund, dem Verlust der Spargroschen und dem Verlust der Alterssicherung bezahlen. Dass es dazu kommen könnte, ist alles andere als unwahrscheinlich. Die Peripherieländer und Frankreich werden bei ihren Plänen für eine Schulden-, Transfer- und Inflationsunion von den Parteispitzen der SPD und der Grünen unterstützt.

Die Deutschen sind also doppelt verraten: Sowohl Regierungskoalition wie Opposition sind offenbar in einer Pfadabhängigkeit gefangen, die sich aus den Biografien ihres Spitzenpersonals und den konzeptionellen Festlegungen vergangener Tage ergibt. Diese Pfadabhängigkeit lässt sie heute Politik gegen die Interessen der Bürger machen. Mit dem Credo, wonach Europa scheitert, wenn der Euro scheitert, hat sich die deutsche Politik sämtlicher Handlungsalternativen beraubt. So bleibt nur die Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht den ESM-Vertrag verwirft.

Wer nach einer umfassenden Darstellung der hier erörterten ökonomischen Zusammenhänge sucht und sich ein Gesamtbild von der Eurokrise machen will, dem möchte ich mein Dossier „Das Euro-Desaster“ empfehlen. Dieses Dossier hat 45 Seiten. „Das Euro-Desaster“ ist auch für interessierte und engagierte Laien gut lesbar und unter www.matthiaselbers.de gratis downloadbar. In diesem Dossier werden neben den ökonomischen auch die politischen Verwerfungen aufgezeigt, die durch die „Rettungsmanöver“ des Euro-Etablissements drohen.